Presseinformation

13. Dezember 2005

Schabl: Gesundheitspolitik in NÖ muss politischer Konsens sein

Für Thermenklinikum ein zentraler Standort das Beste

„Schlussendlich muss die Gesundheitspolitik in Niederösterreich immer politischer Konsens sein“, sagte Landesrat Emil Schabl heute bei einer Pressekonferenz über „Niederösterreichs Gesundheitsziele im NÖGUS“ im Landhaus in St. Pölten. Die zehn erstmals im November 2003 formulierten niederösterreichischen Gesundheitsziele wurden mittlerweile von einer Vision zum Programm erhoben. Auch der Endbericht des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen (ÖBIG) über die Evaluierung der zehn Gesundheitsziele liege bereits vor.

Demnächst werde, so hoffte Schabl, die Umsetzung der zehn Gesundheitsziele auch von der NÖ Landesregierung beschlossen. So sollen, ausgehend vom Basisjahr 2000, z. B. die Herz- und Kreislauferkrankungen bis 2010 um 20 Prozent und bis 2020 um weitere 10 Prozent gesenkt werden. Bei Krebserkrankungen soll die Todesrate bis 2010 um 15 Prozent und bis 2020 um weitere 10 Prozent gesenkt werden.

Für das Thermenklinikum, das derzeit von drei Spitalsstandorten in Baden, Hainburg und Mödling aus die gesamte Bevölkerung der Umgebung von Wien, des Leithagebirges, des Wienerwaldes bei Klausen-Leopoldsdorf und der Gemeinden zwischen Pottendorf und Altenmarkt an der Triesting betreut, sei die zukünftige Standortfrage eines Krankenhauses südlich von Wien professionell zu analysieren und dann zu entscheiden. Wie viele Fachleute und große Teile der Bevölkerung sage auch er, dass ein zentraler, von Fachleuten noch zu findender Standort für das Thermenklinikum das Beste wäre. Zwei Neubauten in Baden und Mödling seien dagegen „nicht die bessere Entscheidung“, merkte Schabl an. Was das Schwerpunktkrankenhaus in Wiener Neustadt betreffe, unterstütze er den vom neuen Bürgermeister Bernhard Müller eingeschlagenen Weg, auch Verhandlungen mit dem Land Niederösterreich zu suchen.

Demnächst würden sich die „Blaulichtorganisationen“ Rotes Kreuz und Arbeitersamariterbund zu einem Gespräch mit den Gemeindevertreterverbänden über die zukünftige Finanzierung des Rettungswesens treffen, meinte Schabl weiter. 95 Prozent der Rettungsorganisationen schafften bei normalen Bedingungen die vorgegebene Zeit von 15 Minuten, bis lebensrettende Hilfe zum

E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Patienten kommt. Aber es stelle sich natürlich die Frage, ob das reiche oder ob es hier neue Erkenntnisse gebe, die es umzusetzen gelte.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at